

Hauptabteilung Politik und Beratung  
Berlin, Mai 2017



Landtagswahl Schleswig-Holstein

# Landtagswahl in Schleswig-Holstein

am 7. Mai 2017

Wahlanalyse

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Teamleiterin Empirische Sozialforschung  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin  
viola.neu@kas.de

Thomas Köhler

Hauptabteilungsleiter  
Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin  
thomas.koehler@kas.de

## **1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl<sup>1</sup> in Schleswig-Holstein 2017**

Der CDU ist in Schleswig-Holstein die Meisterprüfung der Opposition gelungen. Die amtierende Regierung aus SPD, Grünen und dem SSW hat keine Mehrheit mehr, sodass es zu einem Regierungswechsel kommen muss.

Seit der Landtagswahl 2012 hatte die CDU gegenüber der SPD in Umfragen einen Vorteil. Nach der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD Anfang 2017, verschob sich das Meinungsklima zunächst zugunsten der SPD. Doch konnte sich die CDU nach und nach erholen und in Umfragen zur SPD aufschließen und sie schließlich am Wahltag deutlich überholen.

Die CDU setzte dabei vor allem auf drängende Themen, vernachlässigte aber auch nicht, ihren Spitzenkandidaten bekannt zu machen. Am Ende war der Amtsbonus des Ministerpräsidenten Torsten Albig trotz höherer Bekanntheit deutlich eingetrübt und er lag in Umfragen nur noch wenige Punkte vor seinem Herausforderer. Die SPD setzte auf klassische Gerechtigkeitsthemen, die jedoch für die Schleswig-Holsteiner weitgehend nachgeordnet waren.

Während bei vielen Landtagswahlen das Personenangebot und vor allem die Zustimmung zum Ministerpräsidenten für den Wahlausgang eine große Bedeutung hat, spielte diese Frage in Schleswig-Holstein eine nachgeordnete Rolle. Am Ende hätten 43 Prozent lieber Torsten Albig als Ministerpräsidenten gesehen und 37 Prozent plädierten für Daniel Günther. Eine Prozentpunktdifferenz von sechs Punkten, welche ausgesprochen niedrig ist, sodass man nicht von einem Amtsbonus

---

<sup>1</sup> Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut. Abweichungen der Daten zum vorläufigen Wahlergebnis ergeben sich durch finale Recherche.

sprechen kann. Albig war 66 Prozent der Wahlberechtigten bekannt, auch das ein eher niedriger Wert. Günther war 47 Prozent bekannt, für einen Oppositionskandidaten ein guter Wert. (Forschungsgruppe Wahlen). Allerdings gibt es in Schleswig-Holstein weitere populäre Politiker, die für das Abschneiden der kleinen Parteien eine große Rolle spielen. So verfügen der nicht für den Landtag kandidierende Landesminister Robert Habeck<sup>2</sup> von den Grünen und der Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Kubicki, über einen sehr hohen Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad, sodass beide ihre Parteien unabhängig von der Situation im Bund oder in anderen Ländern eine größere Resonanz bescheren. Häufig werden in den Ländern nur die Ministerpräsidenten wahrgenommen. Damit unterscheidet sich die Ausgangslage für die Parteien in Schleswig-Holstein von anderen Ländern deutlich.

Die Aufholjagd von Günther spiegelt sich in einer Reihe von Werten wider. In den Persönlichkeitswerten (Sympathie und Glaubwürdigkeit) liegen die Spitzenkandidaten der CDU und SPD etwa gleichauf; lediglich im Feld Sachverstand hat Albig einen geringen Vorteil. Doch in der pauschalen Bewertung der Spitzenkandidaten auf einer Skala von +5 bis -5 erreichen beide eigentlich den gleichen Wert (1,6 Albig, 1,7 Günther), ebenso was den Rückhalt im eigenen Lager angeht (3,4 Albig, 3,2 Günther).

Während nach der Nominierung von Martin Schulz ein Aufwärtstrend auch in den Ländern zugunsten der SPD sichtbar war, hat sich dieser weder im Saarland noch in Schleswig-Holstein im Wahlergebnis niedergeschlagen. Gegenüber Albig wird Schulz in Schleswig-Holstein sogar schlechter bewertet (1,6 Albig, 1,1 Schulz). Im Fall der CDU stellt sich die Situation anders dar. Hier wird Angela Merkel mit 2,1 gegenüber 1,7 für Günther besser bewertet (Forschungsgruppe Wahlen).

---

<sup>2</sup> Robert Habeck wollte männlicher Spitzenkandidat der Grünen für die Bundestagswahl werden. Er verlor sehr knapp, hatte aber bereits im Vorfeld deutlich gemacht, dass er auf eine Absicherung auf der Landesliste in Schleswig-Holstein verzichten würde. Dennoch hindert das weder Partei noch Fraktion, ihn erneut in ein Ministeramt zu entsenden. Neben der eigentlichen Spitzenkandidatin, Monika Heinold, war er im Wahlkampf – vor allem auch auf Plakaten – präsent.

Nicht nur die Bewertung der Spitzenkandidaten liegt eng beieinander, auch die Bewertung der Parteien und der parlamentarischen Arbeit. SPD, Grüne und CDU erreichen jeweils eine 1,1 entweder in der Bewertung ihrer Rolle in der Regierung oder der Opposition. Bei der Parteibewertung als Landesparteien kommen SPD und CDU auf 1,5 bzw. 1,4 (Forschungsgruppe Wahlen). Gleichermaßen ist die Zufriedenheit mit der Landesregierung mit 56 Prozent vergleichsweise niedrig. Landesregierungen, die wiedergewählt werden, erreichen Werte von +/- 70 Prozent (Infratest dimap). Von der Schwäche der Landesregierung kann die CDU profitieren.

Den größten Einfluss auf das Abschneiden von SPD und CDU hat jedoch die konkrete inhaltliche Aufstellung. Die SPD hat ihre Wahlkampfthemen nicht an den Problemen der Bürger ausgerichtet und hat zwar in einigen Bereichen hohe Zustimmung erreicht, jedoch in nicht wahlrelevanten Themen. Umgekehrt die CDU: Sie hat sich den Themen, die drängend sind und bei denen eine hohe Unzufriedenheit herrscht, intensiv gewidmet und gleichermaßen wird ihr hier eine hohe Kompetenz jenseits klassischer Imageprofile zugeschrieben. Auch daran wird deutlich, dass Themenwahlkämpfe trotz einer gestiegenen Bedeutung von Kandidaten möglich sind und Wahlen damit gewonnen werden können.

Besonders groß ist die Unzufriedenheit mit dem Bau und der Sanierung von Straßen und Brücken mit 72 Prozent. Weitere 59 Prozent zeigen sich mit der Schul- und Bildungspolitik unzufrieden. Der Umgang mit Flüchtlingen wird von 36 Prozent kritisch bewertet und die wirtschaftliche Lage von 37 Prozent. Vor dem Hintergrund einer ausgesprochen guten Bewertung der wirtschaftlichen Lage von 75 Prozent, treten wirtschaftliche Themen insgesamt in den Hintergrund. Dadurch hat auch das Themenfeld „Gerechtigkeit“ an Relevanz verloren. 59 Prozent der Schleswig-Holsteiner sagen, es geht in Deutschland gerecht zu. Diese Meinung teilen außer der

AfD-Anhängerschaft fast alle Lager ähnlich. Selbst in der SPD-Anhängerschaft sind gerade einmal 37 Prozent der Ansicht, es ginge ungerecht zu. 2009 war das noch anders. Da sagt eine Mehrheit von 50 Prozent der Schleswig-Holsteiner, es ginge ungerecht zu (Infratest dimap). Der starke Fokus, den die SPD im Wahlkampf auf Gerechtigkeit setzte, ist somit verpufft, auch wenn die SPD hier weder Image- noch Kompetenzprobleme hat.

Die Kompetenzzuschreibungen der CDU sind hingegen eng mit den wichtigsten Themen verknüpft. Schule/Bildung werden von 33 Prozent genannt und Verkehr von 30 Prozent. Nimmt man die Nennungen für Infrastruktur (12 Prozent) hinzu, so liegt dieses Themenfeld auf Platz eins. Die CDU liegt im Bereich Verkehr mit 37 Prozent Nennungen gegenüber 17 Prozent Nennungen für die SPD klar vorn. Ähnlich ist es im Bereich Bildung/Schule, in dem die CDU mit 35 gegenüber 25 Prozent kompetenter ist, ein Themenfeld, in dem die CDU selten die Hoheit hat (Forschungsgruppe Wahlen). Die Festlegung auf die Rückkehr zu neun Jahren Gymnasium (G9) hat für die CDU positive Effekte, da dies auch 76 Prozent der Wahlberechtigten begrüßen.

Bei den Kompetenzen, die eher Images entsprechen, liegt die SPD zwar im Bereich soziale Gerechtigkeit vorn, umgekehrt die CDU bei Wirtschaft und Arbeit, doch ist die Relevanz dieser Themen bei dieser Wahl niedrig (Forschungsgruppe Wahlen).

Am Ende sehen 33 Prozent die Zukunftsprobleme besser in die Hände der CDU gelegt als in die Hände der SPD, der 28 Prozent die Lösung der zukünftigen Probleme zutrauen (Forschungsgruppe Wahlen). Erneut hat sich die Zukunftskompetenz als ein Indikator herauskristallisiert, der eine gute Prognosekraft besitzt.

Das Flüchtlingsthema hat seine Bedeutung derzeit fast vollkommen eingebüßt. Als wichtiges Problem wird es von 15 Prozent genannt. Die Kompetenzen werden SPD und CDU gleichermaßen zugeschrieben (Forschungsgruppe Wahlen). 62 Prozent sind mit der Landesregierung in der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen zufrieden (Infratest dimap) und 80 Prozent sagen, dass Schleswig-Holstein die vielen Flüchtlinge verkraften kann (Forschungsgruppe Wahlen). Auch der von der Landesregierung angeordnete Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge kommt auf eine knappe Mehrheit von 51 Prozent (Infratest dimap). Doch spielten weder das Thema noch die Maßnahmen eine Rolle. Lediglich die Anhängerschaft der AfD ist in diesem Themenfeld noch mobilisierbar. In jeder Frage weicht diese deutlich von den Einstellungen aller anderen Wählerschaften ab. Dies im Übrigen nicht nur in dieser Frage, sondern auch im Themenfeld „Gerechtigkeit“. Hier sagen 80 Prozent, es ginge nicht gerecht zu (alle 38 Prozent; Infratest dimap).

Die Koalitionsfrage spielt beim Abstimmungsverhalten eine nachgeordnete Rolle. „Taktisches“ Wählen hat kaum Einfluss auf das Abschneiden der Parteien gehabt. Wer „seiner“ Partei die Erststimme gab, stimmte zumeist auch mit der Zweitstimme für diese. In der Summe führt das dazu, dass eine Große Koalition, Jamaika (CDU, Grüne, FDP), Schwarz-Gelb und die „Dänenampel“ (SPD, Grüne und SSW) jeweils von etwa +/- 40 Prozent für gutgeheißen werden (Forschungsgruppe Wahlen). Eine Ampel aus SPD, Grünen und FDP findet nur eine schwache Unterstützung von 25 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).

Die gute wirtschaftliche Situation hat auch in Schleswig-Holstein dazu geführt, dass sich andere Themen auf die politische Agenda drängen. Mit den Images, die den beiden großen Parteien im Bereich soziale Gerechtigkeit oder Wirtschaft zugeschrieben werden, ist ein Wahlkampf schwer zu gestalten, da diese Themen aktuell nicht wahlentscheidend sind. So sagen 67 Prozent der Schleswig-Holsteiner, es ginge ihnen

wirtschaftlich gut, 56 Prozent sehen das Land gut auf die Zukunft vorbereitet (Forschungsgruppe Wahlen) und 75 Prozent bewerten die wirtschaftliche Lage positiv. Auch wenn 57 Prozent sagen, sie würden vom Wirtschaftswachstum nicht profitieren (Infratest dimap), sind diese Themen in Schleswig-Holstein nicht wahlrelevant.

Für die Grünen und die FDP unterscheidet sich Schleswig-Holstein durch die starke Personalisierung ihres politischen Angebots von anderen Ländern. Außer für die Grünen in Baden-Württemberg und die FDP in Nordrhein-Westfalen, dürfte das Spitzenpersonal nirgends eine so große Rolle spielen. Beide Parteien schneiden deutlich besser ab, als es die Umfragedaten für die jeweiligen Bundesparteien anzeigen. Die FDP setzt, dort wo sie es kann, bewusst auf Personalisierung, die Grünen fremdeln nach wie vor mit der Strategie. Auch wenn keine aktuellen Daten zu Habeck vorliegen, der nicht auf der Landesliste kandidierte, so dürfte er – wie bereits 2012 – einen wesentlichen Einfluss auf das gute Abschneiden der Grünen gehabt haben, denn nur im Bereich Energiepolitik werden ihnen Kompetenzen zugetraut. Dies ist nicht einmal deckungsgleich mit den Ministerien. Das FDP-Ergebnis ist vor allem auf den Persönlichkeits- und Bekanntheitsbonus von Wolfgang Kubicki zurückzuführen. Mit 1,8 wurde er deutlich besser als die FDP im Land (0,7) und die FDP im Bund (0,3) bewertet (Forschungsgruppe Wahlen).

Durch den SSW ist das Parlament und auch die Regierung in Schleswig-Holstein anderen Spielregeln unterworfen als in anderen Ländern, da der SSW von der Fünfprozenthürde befreit ist und nach der Rechtsprechung dies wohl bleiben wird. Zunächst hatte die Partei der dänischen Minderheit ihre Politik nach dem Motto „weder stützen noch stürzen“ ausgerichtet. Doch hat sie immer breitere programmatische Positionen bezogen und kann zuletzt auch ein Ministerium besetzen. Trotz der Dänenampel bleibt der SSW in der politischen Wahrnehmung profillos.

## 2. Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein 2017

In Schleswig-Holstein wurde das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Dadurch ist die Anzahl der Wahlberechtigten gestiegen. Normalerweise hat dies einen negativen Effekt auf die **Wahlbeteiligung**, da die jüngeren Wähler immer eine größere Zurückhaltung bei Abstimmungen aufweisen. Je niedriger das Alter, desto niedriger die Wahlbeteiligung, dies ist ein fester Effekt über Jahrzehnte in der Bundesrepublik. Erst in sehr hohem Alter nimmt die Wahlbeteiligung wieder ab. Dennoch ist die Wahlbeteiligung um 4 Punkte auf 64,2 Prozent gestiegen. Doch zeigt sich bereits seit 2016 ein ungebrochener Trend zu steigenden Beteiligungsraten (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Saarland). Aber auch 2014 (Europa) und 2013 stiegen die Beteiligungsraten in Niedersachsen, Hessen und der Bundestagswahl an.

Aufgrund von Überhangmandaten steigt die Sitzzahl im Landtag von 69 Mandaten auf 73 an.

Die **CDU** hat mit einem Gewinn von 1,2 Punkten 32 Prozent erzielt (471 Tsd. Wähler). Ihre 25 Mandate erzielt sie alle direkt (+3). Mit unter 30 Prozent schneidet sie in Kiel und Lübeck ab. Am besten in der Region Ost-Holstein.

Die **SPD** wird von 27,3 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt und verliert -3,2 Punkte. 401 Tsd. Wähler stimmen für die Partei. Sie kann 10 Wahlkreise direkt gewinnen und weitere 11 Abgeordnete ziehen über die Liste ein. Sie verliert ein Mandat. Besonders stark fallen ihre Verluste in der Stadt Kiel, gefolgt von Lübeck aus.

Die **Grünen** stellen wie bei der Vorwahl 10 Abgeordnete. Mit 12,9 Prozent haben sie gegenüber der Vorwahl geringfügige Verluste von 0,3 Punkten



und können ca. 190 Tsd. Stimmen mobilisieren. Die Grünen haben in den unterschiedlichen Regionen eine recht homogene Verteilung, jenseits ihrer Hochburg Kiel.

Die **FDP** gewinnt 3,3 Punkte hinzu und kommt auf 11,5 Prozent, das zweitbeste Ergebnis in Schleswig-Holstein. 9 Abgeordnete (+3) vertreten die Partei im Landtag. Knapp 169 Tsd. Wähler machen ihr Kreuz bei den Liberalen. Die FDP kann etwa überall gleich viele Wähler mobilisieren.

Die **AfD** wird künftig 5 Abgeordnete entsenden können. Ihr Wähleranteil liegt bei 5,9 Prozent. Hochburgen sind nicht auszumachen. In der Region Schleswig ist sie etwas schwächer. Knapp 87 Tsd. Wähler stimmen für die Partei.

Der **SSW** verliert 1,3 Punkte; kann aber erneut 3 Abgeordnete stellen. Da der SSW von der Fünfprozenthürde befreit ist (als Vertreter der dänischen Minderheit seit 1953), reichen 3,3 Prozent aus.

Nach Berlin und dem Saarland verlieren die **Piraten** nun im dritten Parlament (von insgesamt vier Parlamenten) ihre Fraktion. Sie verlieren 7 Punkte und werden von 1,2 Prozent unterstützt. Die **Linke** konnte nur 2009 in das Parlament einziehen. Mit 3,8 Prozent bleibt sie bedeutungslos.

### **3. Wählerwanderungsbilanz<sup>3</sup> und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Schleswig-Holstein 2017**

Die **CDU** gewinnt vor allem und wie keine andere Partei Stimmen aus dem Nichtwählerlager hinzu. 51.000 ehemalige Nichtwähler wechseln zur CDU. Von der SPD kommen 24.000 Stimmen, von den Grünen 4.000 und 5.000 von den sonstigen Parteien. An die FDP verliert die CDU 13.000 Wähler und an die AfD 11.000. Besonders starke Zuwächse hat die CDU in der

---

<sup>3</sup> Infratest dimap

Altersgruppe der Mitte 40- bis Mitte 50-Jährigen. Am besten schneidet sie in der Altersgruppe der über 60-Jährigen ab. Sie kann überall hinzugewinnen, besonders bei Arbeitern und Beamten. Die Angaben über das Abstimmungsverhalten der Arbeitslosen sind aufgrund der geringen Fallzahlen nicht einheitlich<sup>4</sup>.

Auch die **SPD** kann Stimmen von vorherigen Nichtwählern mobilisieren. Hier gewinnt die Partei 30.000 Stimmen hinzu. Weitere 8.000 Stimmen kommen von den sonstigen Parteien. Sie gibt jedoch erheblich Wähler ab. Vor allem die CDU profitiert von ehemaligen SPD-Wählern. 24.000 wechseln zu den Christdemokraten. Weitere 15.000 entscheiden sich für die FDP und 5.000 für die AfD. Die Zusammensetzung der Wähler nach Alter ist recht homogen. In der Altersgruppe der über 60-Jährigen hat sie starke Verluste.

Die **Grünen** gewinnen 10.000 Nichtwähler. An die FDP verlieren sie 5.000, an die CDU 4.000 und an die sonstigen Parteien 2.000 Wähler. 1.000 Wähler gehen zur AfD. Wie immer sind es vor allem die jüngeren Wähler und Wähler mit höherer Bildung, die sich überdurchschnittlich häufig für die Partei entscheiden.

Die **FDP** gewinnt aus allen Richtungen hinzu. Lediglich gegenüber der AfD hat sie mit 3.000 Stimmen geringfügige Abwanderungen zu verzeichnen. Auch sie gewinnt vor allem aus dem Nichtwählerlager hinzu (+16.000), gefolgt von der SPD (+15.000) und der CDU (+13.000). Von den Sonstigen wechseln 11.000 Wähler und weitere 5.000 hatten zuletzt für die Grünen gestimmt.

Die **AfD** gewinnt mehr als die Hälfte ihrer Wähler aus dem Lager der „sonstigen“ Parteien. Damit dürfte sie das Potenzial der Piraten fast

---

<sup>4</sup> Bei manchen Gruppen weichen aufgrund der geringen Gruppengröße die Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap voneinander ab. Hier werden nur Zahlen berichtet, in denen beide Institute übereinstimmen.

vollständig abgeschöpft haben und mehr als die Hälfte ihrer Wähler kommt von dort. Weitere 11.000 Wähler waren der Vorwahl ferngeblieben. Von der CDU kommen 11.000 Wähler, von der SPD 5.000, von der FDP 3.000 und von den Grünen 1.000 hinzu.

Angaben über andere Parteien liegen nicht vor.